



## **Brücken bauen in der Kommune Muslimische Teilhabe und gesellschaftliches Zusammenleben im DACH-Raum**

### ***Kanton Basel-Stadt – eine kurze Einführung***

*Zentrale Informationen aus dem Gespräch mit PD Dr. theol. Claudia Hoffmann  
(Fachstelle Integration und Antirassismus, Abteilung Gleichstellung und Diversität)  
geführt am 24. Juni 2024 mit dem Projektleiter Dr. Hussein Hamdan*

Basel ist ein **Stadtkanton**. Daher fallen kommunale Angelegenheiten in die kantonale Zuständigkeit und müssen entsprechend kantonal gedacht werden.

Auf dieser Ebene formuliert das sogenannte **Integrationsgesetz** Vorstellungen zum Zusammenleben der einheimischen und der Migrationsbevölkerung und beschreibt Maßnahmen zur Integration der Migrationsbevölkerung, die als gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden wird. Ergänzt wird das Gesetz durch eine Verordnung, die allerdings keine zielgruppenspezifischen Maßnahmen oder ähnliches enthält, sowie durch ein Integrationsleitbild des Kantons Basel-Stadt. Der Ansatz dabei ist das Fordern und Fördern. Mit Fordern ist gemeint, dass Migrant:innen die Sprache erlernen sowie unabhängig von Sozialhilfeleistungen leben müssen und nicht straffällig werden dürfen. Andererseits fördert der Kanton die Integration mit Sprachkursen, zu Beginn mit spezifischen Integrationsprogrammen, mit Projektförderung und ähnlichem. Wichtig ist aber auch hier, dass es keine zielgruppenspezifische Integrationsförderung gibt.

**Muslim:innen** machen mit **10 bis 15 %** einen beachtlichen Teil der Basler Bevölkerung aus. Allerdings sind sie in wichtigen öffentlichen Stellen kaum vertreten. Die Haltung Muslim:innen gegenüber fällt gemischt aus. Auf der einen Seite wurde aktuell ein neuer Regierungsrat gewählt, der Alevit ist, aber zum Teil als Muslim gelesen wird, was in der öffentlichen Wahrnehmung mitunter nicht genau unterschieden wird. Diesem Zeichen von Akzeptanz und Angekommensein stehen auf der anderen Seite eine grundsätzliche kritische Haltung und Sorge vor muslimischer Bevölkerung und Radikalisierung bzw. extremistischen Haltungen gegenüber, die allgemein zu spüren sind. Muslim:innen haben dadurch oft das



Gefühl, unter Generalverdacht zu stehen. Vor allem Frauen, die ein Kopftuch tragen, beklagen Benachteiligungen etwa auf dem Arbeitsmarkt. In den Moscheegemeinden z. B. löst Ärger aus, dass sich breite Teile der Gesellschaft offenbar nicht vorstellen können, dass auch eine türkische Moschee oder Verein demokratische Strukturen haben kann. Dabei gerät in Vergessenheit, dass die Personen in Verantwortungspositionen größtenteils in der Schweiz aufgewachsen sind und dort ihre Ausbildung erfahren haben. Somit wissen sie auch, wie das politische System funktioniert und können sich in politische Prozesse einbringen. Gerade nach dem Terroranschlag in Israel vom 7. Oktober 2023 ist der Rechtfertigungsdruck groß und ist bei vielen Muslim:innen auch etwas Resignation zu vernehmen.

In Basel existiert die **Basler Muslim Kommission (BMK)**, ein Zusammenschluss verschiedener Islamgemeinden sunnitischer Prägung mit türkischem, albanischem und arabischem Hintergrund. In der BMK-Vereinsversammlung wählen Delegierte aus den in der BMK organisierten Vereinen in einem demokratischen Prozess den Vorstand. Das Wirken der BMK ist in erster Linie innermuslimisch fokussiert und zielt auf die Vernetzung der unterschiedlichen Moscheevereine. Vor allem die Frauenabteilung ist dabei sehr aktiv, besucht jeden Moscheeverein, um die Arbeit der BMK bekannt zu machen, aber auch um über Integrationsfördermodule, die beim Kanton gebucht werden können, zu informieren, und leistet damit Integrationsarbeit. Seit Bestehen der Stelle zur Koordination von Religionsfragen im Kanton sowie des Runden Tisches der Religionen ist die BMK als muslimischer Part wichtiger Ansprechpartner für die kantonale Verwaltung. Aktuell fällt sie insgesamt durch zunehmende Präsenz und Aktivitäten auf und hat sich im Vorstand besser aufgestellt. Eine besondere Veranstaltung der BMK ist das traditionelle öffentliche Fastenbrechen, das im Jahr 2024 zum zwölften Mal stattgefunden hat.

Neben der BMK arbeitet der Kanton Basel-Stadt im Bereich der Integration auch mit dem **Kulturverein Ideal** zusammen, der der Hizmet-Bewegung (besser bekannt als Gülen-Bewegung) angehört. Dieser Verein geht proaktiv auf die kantonalen Behörden zu und ist gut vernetzt. Regelmäßig bietet er sogenannte Infomodule an, die der Kanton Basel-Stadt finanziell unterstützt und die im Kanton ein wichtiges Integrationstool darstellen.



Einschränkungen in der Zusammenarbeit mit islamischen Gruppen gibt es grundsätzlich nicht. So wird z. B. jährlich in der ersten Novemberwoche die **Woche der Religionen** organisiert, die Teil eines gesamtschweizerischen Projekts ist. In diesem Rahmen werden verschiedene Veranstaltungen in der ganzen Stadt angeboten, um die Sichtbarkeit der Religionen sowie den Dialog zu fördern. Hierzu wird mit möglichst vielen Gruppen zusammengearbeitet, weil man es problematisch findet, wenn gewisse Gruppen durch einen Ausschluss noch mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Daher wird versucht, auch eigentlich problematische Gruppen miteinzubeziehen, ohne ihnen eine große Plattform zu geben.

Besonders gut läuft in Basel-Stadt, dass die **Zuständigkeiten und Ansprechpartner:innen auf muslimischer Seite** für die Verwaltung inzwischen klarer geworden sind. Das erleichtert die Kommunikation zu wesentlichen Themen, etwa islamischen Beerdigungen. Die Ehrenamtlichkeit der Muslim:innen und damit die fehlenden professionellen Strukturen sind ein Grundproblem, auch beim Runden Tisch der Religionen. Während die einen in ihrer Freizeit mitarbeiten, können andere ihre hauptamtliche Arbeitszeit einbringen, was zu einem ungünstigen Ungleichgewicht führt.

Perspektivisch wären die **kantonale sowie die öffentlich-rechtliche Anerkennung** für die BMK wichtige Ziele, um ein nachhaltigeres Verhältnis zum Staat aufzubauen. Das Anerkennungsverfahren ist jedoch mühsam und benötigt Zeit und Anstrengungen, wäre aber sicherlich ein entscheidender positiver Schritt für die Muslim:innen im Kanton. Ein negatives Szenario wäre, wenn die Anerkennung verweigert würde oder es zu einer Zersplitterung der Islamgemeinden käme. Dann könnten viele kleine Gruppierungen entstehen und die Verwaltung könnte schnell die Übersicht verlieren.

*Weitere Informationen zum Projekt „Brückenbauen in der Kommune – Muslimische Teilhabe und gesellschaftliches Zusammenleben im DACH-Raum“ finden Sie auf der Homepage der Islamberatung in Bayern: <https://www.islamberatung-bayern.de/brueckenbauen>*